Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 7

Artikel: Der Kamalismus : und was von ihm übrigblieb
Autor: Fischer, Alfred Joachim
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336479

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gehalten sind, sind sie heute Flugsand. Aber irgendein Wind aus irgendeiner Richtung, irgendein «Trommler» oder Charlatan, hinter dem eine wirtschaftliche Macht oder ein politischer Wille steht, kann sie interessieren in jeder, aber wirklich in jeder politischen Richtung.

Die Haltung der beiden großen politischen Gegenspieler ist klar: Die CDU will die Wiederherstellung eines mächtigen, womöglich in Europa führenden hochkapitalistischen und konservativ-klerikalen Deutschlands mit Unterstützung der schon bisher so bereitwilligen Westmächte. Die SPD will ebenso die Wiederherstellung der alten Macht und Einheit in möglichst weitgezogenen Grenzen, aber als sozialen Wohlfahrtsstaat. Und darum sucht sie Anschluß an die europäischen Sozialisten. Bisher ist ihr Erfolg geringer als der aller reaktionären Kräfte. Antirussisch sind beide, die SPD wohl mit etwas schärferem Akzent. Aber es scheint nicht, daß sie einen Krieg mit Rußland, diese totale Katastrophe, einkalkulieren. Der innere Machtkampf läßt dazu offenkundig keine Zeit und keine Besinnung. Europas Einigung, von beiden formal begehrt, ist beiden eine Karte im Spiel. Und so kommt es, daß die großen und menschheitsentscheidenden Fragen kaum in das Bewußtsein des Volkes treten, das von Tag zu Tag sich durchschlägt und das mitgehen wird mit derjenigen sozialen oder antisozialen, freiheitlichen oder autoritären, friedensnahen oder gewaltsamen Richtung, die sich außerhalb Deutschlands durchsetzt. Es wird politisch ein Stein — ein gewichtiger — im Spiel der Erfolgreichen sein, und seine Politiker glauben ihr eigenes Spiel zu spielen. Zurzeit ist diese Aussicht eine sehr dunkle. — Welche Gegenkräfte vielleicht ins Spiel kommen können, mag ein nächster Artikel zeigen. *F. M.*

ALFRED JOACHIM FISCHER

Der Kamalismus — und was von ihm übrigblieb

In ihrem ganzen Aufbau, militärisch und wirtschaftlich, ist die Türkei als östlicher Eckpfeiler des westlichen Verteidigungssystems auf amerikanische Hilfe angewiesen. Präsident Truman muß diese Hilfe dem Senat immer wieder schmackhaft machen. Mehrfach erklärte er, die USA-Hilfe ermögliche der Türkei einen Ausbau ihrer demokratischen Institutionen.

Wie weit nun ist dieses Land, das zum kleineren Teil auf europäischem und zum größeren auf asiatischem Boden liegt, eine Demokratie im westlichen Sinne? Sein autoritäres System hatte tiefe Wurzeln geschlagen. Schließlich kam ja der auf Mustafa Kemal Atatürks Lehren aufgebaute Kamalismus vier Jahre vor Mussolinis italienischem Faschismus und neun vor Hitlers Nationalsozialismus zur Macht. Aber auch er war nur eine

Fortsetzung anderer Diktaturen. Die Sultan-Kalifen regierten absolut. Nach der Jungtürkischen Revolution des Jahres 1909 wurde die allmächtige mohammedanische Kirche immer noch nicht ausgeschaltet. Personalunion zwischen Staat und Partei fand ihr Vorspiel in der Personalunion zwischen Staat und Islam — von den höchsten Spitzen bis zum kleinsten Verwaltungsposten. Somit brachte der Kamalismus keine grundlegenden Erschütterungen wie etwa später die Märzrevolution in Prag. Andere Kräfte hielten das Steuer. Sonst hatte sich, von der fortschrittlicheren Linie abgesehen, nur wenig verändert.

Im Gegensatz zum Konservativismus, Liberalismus und Marxismus war der Kamalismus eigentlich keine philosophische Lehre. Man hatte ihn auf einige Punkte, die durch rote Pfeile symbolisiert wurden, schlagwortmäßig basiert. Dadurch ist er nicht sehr doktrinär und leicht wandlungsfähig. Atatürks Reden waren die hauptsächlichen Kommentare. Sein Sieg im Anatolischen Krieg, der das Land vor der Fremdherrschaft rettete, hatte ihn zum lebenden Abgott gemacht. Fast mühelos glückte es dem ersten Staatspräsidenten, alle inneren Feinde niederzuwerfen, das Mehrparteiensystem abzuschaffen und die Einheit von Partei und Staat konstitutionell festzulegen. Dieser einstige General legte die Uniform ab und bevorzugte den Frack. Innerlich aber blieb er, was nicht gegen seine großen intellektuellen und kulturellen Interessen spricht, ganz Militär. Unter Atatürk wurde die Türkei ein Land, das seine Offiziersgeneration kontrollierte und in dem Armee und Polizei richtunggebend waren.

Moralisch berief sich der Reformer Mustafa Kemal darauf, daß es ohne autoritäre Maßnahmen unmöglich gewesen wäre, ein Volk mit Siebenmeilenstiefeln aus dem Mittelalter in die moderne Zivilisation zu führen. Der Mann, der die Lehre geprägt hatte: «Man muß den Westen annehmen, um ihn zu überwinden», entschloß sich 1930 auch zu westlicheren innenpolitischen Prinzipien. Fethi Okyar, sein früherer Ministerpräsident und späterer Londoner Botschafter, wurde von ihm dazu aufgefordert, der regierenden Republikanischen Volkspartei eine Oppositionsgruppe entgegenzustellen. Ohne jede soziale Notwendigkeit war dieses Experiment zum Scheitern verurteilt. Intrigen des heutigen Staatsoberhauptes und damaligen Ministerpräsidenten, General Ismet Inönü, sowie eines um seine Monopolstellung zitternden Beamtenapparates erschwerten jede Aktivität und Agitation der neuen Partei, zu deren Führerkreis sogar Atatürks Schwester gehörte. Auf der anderen Seite witterten Reaktionäre und Unzufriedene aller Art Morgenluft. Es kam zu Aufständen und Erhebungen, und Atatürk befahl Fehti nunmehr die Selbstauflösung der halbfertigen Organisation. Danach regierte er einige Zeit noch selbstherrlicher und drakonischer.

Als einziger Diktator hatte sich Atatürk nach und nach zu gemäßigteren Methoden entschlossen, die eine gewisse parlamentarische Kritik gestatteten, die Lehrfreiheit nicht antasteten und das Familienleben respektierten. Kurz vor seinem Tode soll er nochmals mit dem Gedanken eines Mehrparteiensystems gespielt haben. Erst nach dem zweiten Weltkriege und unter seinem Nachfolger Ismet Inönü, dem gleichen Mann, der diese Idee 1930 sabotiert hatte, wurde sie jedoch verwirklicht.

Es ist interessant, zu untersuchen, was in der türkischen Innen- und Außenpolitik vom Kamalismus, auf den sich heute noch alle berufen, tatsächlich übrigblieb. Zweifellos hat das Parlament an Bedeutung gewonnen. Schon rein äußerlich kommt das zum Ausdruck. Es verläßt sein bisheriges bescheidenes Haus und zieht in einen Mammutbau um, den größten nach Westminster, mit Schikanen wie einem Lift, der nicht nur senkrecht, sondern auch waagrecht fährt. (Gesamtkosten: 10 Millionen türkische Pfund.)

Macht des Parlaments widerspricht dem Kamalismus nicht. Im Gegenteil: er stattete die große Nationalversammlung mit allen Souveränitätsattributen aus. In der Praxis wurden sie jedoch zur Farce, da Staatspräsident und Chef der allein zugelassenen Partei die gleiche Person waren und das ganze Spiel dirigierten — bis zu gelegentlich erwünschter Kritik. Vier Außenseiter — zwei Griechen, ein Armenier und ein Jude — spielten die kläglichste Rolle. Sie durften an den Fraktionssitzungen nicht teilnehmen und waren dadurch zu völligem Marionettendasein verurteilt.

Auch heute kann von freiem Konkurrenzkampf der politischen Kräfte keine Rede sein. Die Kommunisten bleiben illegal. Als sie sich unter anderem Namen zu einer Gruppe zusammenschlossen, wurden ihre Führer verhaftet und eingekerkert. Russophobie erweitert jedoch den Begriff des Kommunismus. Bescheidene Anfänge sozialdemokratischer Parteien und regulärer Gewerkschaften wurden im Dezember 1946 aufgelöst, bevor sie noch Fuß gefaßt hatten. Studenten vernichteten die Druckereien sozialistischer Zeitungen. Man kann nicht einmal mehr von dem Versuch einer illegalen sozialdemokratischen Gruppe sprechen. Die erlaubten Arbeitersyndikate aber sind staatlich kontrolliert und erinnern weit eher an die Deutsche Arbeitsfront als an Gewerkschaften. Bei den türkischen Grenzverhältnissen mag es verständlich erscheinen, daß Kommunisten mit Landesverrätern identifiziert werden. Seltsamer schon mutet es an, wenn ein Staat, der Großbritanniens Freundschaft und Hilfe sucht, keine Bewegung zuläßt, die der dort regierenden Labour Party entspricht oder auch nur entfernt ähnelt.

Ideologisch betrachtet sind die zugelassenen Parteien durchweg konservativ mit einer Nuance nach der liberalen oder der theokratisch-reaktionären Seite hin. Bei den Konflikten handelt es sich weit weniger um politische als um personelle Momente. So möchten jüngere und frischere Kräfte innerhalb der Demokratischen Partei die älteren der «Republikaner» ablösen.

Am 7. Januar 1946 war erstere von Celal Bayar begründet worden. Bayar, ein früherer Wirtschaftsminister und Atatürks letzter Regierungschef, schloß den ersten Vertrag der türkischen Republik mit dem sowjetischen Nachbarn ab. Einst russenfreundlich, unterscheidet sich heute seine Außenpolitik in nichts von der Inönüs und des Außenministers Nejmeddin Sadak, eines sehr fortschrittlichen, beinahe rechtssozialistischen Staatsmannes. Vier Jahre lang kämpfte Bayar um ein reformiertes Wahlgesetz. Nunmehr ist es endlich angenommen worden. 1946 wurden die Demokraten durch Polizeiterror, Verfolgung ihrer Anhänger auf dem Lande und regelrechte Fälschungen um teilweise sehr günstige Resultate betrogen. Jetzt endlich soll eine genaue Kontrolle und die Sicherung des Wahlgeheimnisses die Wiederholung ähnlicher Vorfälle verhindern. Die 55 demokratischen Mandate (von total 470) kamen größtenteils aus den Städten. So hatte der letzte demokratische Kandidat in Ankara 20 000 Stimmen mehr als der gleichfalls kandidierende Republikaner Ismet Inönü.

Eine sehr wesentliche Reform wurde nicht erreicht: die Trennung von Städten und Land als gesonderte Wahlbezirke. Eben diese Verschmelzung bietet der regierenden Partei große Vorteile. Auf dem Dorfe mit seinem Analphabetentum — sämtliche türkische Tageszeitungen haben zusammengenommen eine Auflage von 400 000 bei einer Bevölkerung von 19 000 000 — können sich neue Bewegungen nur schwer und langsam durchsetzen.

An erster Stelle machte sich die Demokratische Partei durch ihre Agitation für Lockerung des kamalistischen Etatismus populär. Etatismus ist eine mildere Form des

wirtschaftlichen Sozialismus. Nach Begründung der Republik erfolgte die systematische Ausschaltung fremder Kapitalinteressen. Zum Teil wurde sie auf kaltem Wege praktiziert. Neue staatliche Unternehmungen konnten sich solange Preisunterbietungen leisten, bis die ausländische Konkurrenz selbst das Feld räumte. Diese wirtschaftliche *Xenophobie* war eigentlich eine natürliche Folge ausbeuterischer Methoden. Durch sogenannte Konzessionen und Kapitulationen hatte man den türkischen Handel völlig überfremdet, ja im eigenen Lande ausgeschaltet. Private Kapitalkräfte waren kaum vorhanden. Daher wurde der Staat zwangsläufig zum hauptsächlichen Unternehmer. Er brachte die Grundstoffindustrien in seine Hände, auch einen beträchtlichen Teil der Textilwerke, und schuf Monopole wie Zucker, Tabak usw. Zwei von der Regierung kontrollierte Banken finanzierten und verwalteten diesen Riesenkomplex.

Nach anfänglichem Enthusiasmus über die Tatsache, daß eine türkische Wirtschaft überhaupt existierte, machte sich der Etatismus schrittweise unpopulär. Traditionelle Überbürokratie verhinderte auf vielen Gebieten jegliche Effektivität. Es mangelte an durchdachter Planung. So wurde das Eisenwerk weit entfernt vom Erzvorkommen und ohne direkte Eisenbahnverbindung angelegt, schuf man Prachtbauten in Istanbul und Ankara, aber vergaß die Modernisierung der Kohlengruben, dringend erforderliche Verkehrsstraßen blieben ungebaut usw. Die etatistische Wirtschaft arbeitete mit viel zu hohen Produktionskosten zum Schaden des Konsumenten und des Steuerzahlers. Hohe Besteuerung der Privatunternehmer lähmte ihre Initiative und verhinderte eine günstigere, der staatlich gelenkten Konkurrenz unbequeme Preisgestaltung dieses Sektors.

In ihrem Bestreben, einen Teil der etatistischen Betriebe in Privathände überzuführen, wird die Demokratische Partei von der amerikanischen Türkeipolitik unterstützt. Mit USA-Hilfe wurde eine Industriebank gegründet. Auch sollen durch Modernisierung der Landwirtschaft (amerikanische Maschinen und Traktoren), Schaffung von Verkehrsstraßen usw. bessere allgemeine Bedingungen geschaffen und damit neue Kapitalkräfte gebildet werden.

Nichts aber widerspricht der kamalistischen Wirtschaftspolitik mehr als die Erleichterung fremder Investitionen in der Türkei. Diese unlängst erfolgte Einladung wirft fast drei Jahrzehnte hochgehaltene Prinzipien über den Haufen. Selbst fremde Anleihen wurden früher strikte abgelehnt. Eine einmalige Ausnahme machte die junge türkische Republik mit der damals gleichfalls defensiven Sowjetunion, die auch zahllose Industrieexperten stellte. Die zweite Anleihe kam 1939 aus Großbritannien, wiederum von Experten begleitet. Damals spielte auch England, weltpolitisch betrachtet, eine defensive Rolle. Nunmehr sind die Vereinigten Staaten nicht nur Anleihegeber, sondern haben gleichzeitig große Kapitalinteressen einschließlich Ölkonzessionen, trotz gelegentlichen Dementis aus Ankara.

Um es noch deutlicher zu machen, was diese Änderung bedeutet, möchte ich hier an ein mir 1937 von Inönü gewährtes Interview erinnern. Er versicherte, lieber noch während des laufenden Budgetjahres Ausgaben selbst zuungunsten des Aufbaus drakonisch einschränken zu wollen, als fremde Gelder zu leihen, «die für die Staatssouveränität eine Gefahr bedeuten müßten».

Energisch und nicht ganz erfolglos forderte Bayar auch eine humanere Politik gegenüber der griechischen, armenischen und jüdischen Minderheit. Die Konstitution sichert ihre vollkommene Gleichberechtigung. Praktisch aber waren wesentliche Einschränkungen vorhanden. So gibt es bis heute nur ausnahmsweise Mitglieder der Minderheiten-

gruppen in Beamtenstellungen. Jüdische Universitätsprofessoren wurden aus Deutschland und Österreich herübergeholt (teilweise im Zuge eines neuen und naiven Nationalismus wieder entlassen), türkischen Juden aber stand diese Laufbahn kaum offen. Besonders diskriminierend empfanden es die Minderheiten, daß ihnen der Dienst mit der Waffe untersagt war. Sie durften nur in Arbeitsbataillonen dienen. Erst vor etwa Jahresfrist wurde diese Einschränkung aufgehoben. Nunmehr können Griechen, Armenier und Juden, die entsprechende Bildung vorausgesetzt, auch jeden Offiziersrang erreichen. Im großen und ganzen war Atatürks Linie die einer Versöhnung mit den Minderheiten. 1942 entschloß sich sein Nachfolger und ehemals engster Mitarbeiter zum Gegenteil. Durch eine Sondersteuer, *Varlik* genannt, entzog er den Minoritäten ihre wirtschaftliche Basis, ja, sie wurden besitzlos und bis 1944 in anatolische Zwangsarbeitslager verschleppt. Inzwischen glückte es ihnen, einen Teil der alten Positionen zurückzuerobern. Entschädigungen für das geraubte Eigentum erfolgten nicht. Vielleicht erklärt dieser Hintergrund die starke Abwanderung der türkischen Juden nach Israel. Von 80 000 haben bereits 30 000 den neuen jüdischen Staat erreicht, darunter sehr viele Intellektuelle, Rabbiner usw. Türkischerseits begrüßt man diese Massenabwanderung nicht. Der Staat Israel genießt hier hohes Ansehen, und nach einem kritischen mohammedanisch-solidarischen Zwischenstadium ist im Zuge dieser Wertschätzung auch der innere Antisemitismus nahezu verschwunden.

Vor kurzem verstarb der etwas frühzeitig verabschiedete Marschall Fewzi Cakmak, dessen herzliche Beziehungen zu hohen deutschen Militärs kein Geheimnis waren. Aus dem Nichts hatte er die türkische Armee geschaffen und zu einem Faktor am Balkan und im Mittleren Osten gemacht. Während der letzten Präsidentenwahl war Cakmak, damals ein unabhängiger Abgeordneter, Kandidat der Demokraten. Später begründete er die «Partei der Nation». Der Staatspräsident nahm diesem ehemaligen Mitglied des Triumvirats Atatürk-Inönü-Cakmak seine Wandlung übel. Daher wurde die Beerdigung nicht zum nationalen Trauertag erklärt und führte Studentendemonstrationen herbei.

Die «Partei der Nation» ist ziemlich nationalistisch eingestellt. Von den Gegnern werden ihr sogar turkomanische Tendenzen nachgesagt, das heißt der Wunsch nach einem alle türkischen Völker (auch die in der Sowjetunion lebenden) zusammenfassenden Imperium. Gerade ein solches Ziel würde den kamalistischen Ideen völlig widersprechen, die bei freundschaftlichen Gefühlen für alle Auslandstürken jederlei territorialen Revisionismus strikt ablehnen.

Offenkundig und schlagkräftig ist die anti-laizistische Linie der «Partei der Nation». Atatürk hatte Staat und Kirche völlig voneinander getrennt. Sein Laizismus machte die Religion zur Privatsache des einzelnen. Ihre Sprache wurde türkisch statt arabisch. Priesterroben durften außerhalb der Gotteshäuser nicht getragen werden. Auch hörte die Religion auf, Schulfach zu sein. Hier folgten ihm die sonst gehorsamen Türken nicht. Sie verrichteten weiter die mehrmals täglich vorgeschriebenen Gebetsübungen, und, hatte man einzelne Moscheen profaniert, so füllten sich die übriggebliebenen doppelt. Vor einem Jahr nun wurde der Religionsunterricht wieder eingeführt, kam es zum Druck erster Religionsbücher und zur Eröffnung des ersten geistlichen Seminars. Atatürks Laizismus ist tot. Wie weit zu dieser Änderung außenpolitische Rücksichten beitrugen — die Renaissance mohammedanischer Länder, wie Pakistan, Indonesien usw., machte einen tiefen Eindruck —, bedürfte einer gesonderten Betrachtung.

Im Antilaizismus geht aber die «Partei der Nation» noch weiter. Sie will alle wirt-

schaftlichen Vorrechte des türkischen Islams restaurieren. Ihr Schwergewicht waren die EVKAF-Güter. Riesenländereien aus jahrhundertelangen Hinterlassenschaften, gaben sie der Kirche eine ähnliche Macht wie im arabischen Sektor Palästinas. Atatürk brachte EVKAF unter staatliche Kontrolle. Eine Wiederherstellung der alten Rechte wäre aus zwei Gründen schwer realisierbar. Einmal sind auch religionsfreundliche türkische Staatsmänner noch lange keine Klerikalen. Zum andern braucht der Staat eigenen Boden, um die längst überfällige Landreform wenigstens in bescheidenem Ausmaß durchzuführen.

Hier liegt das soziologische Kernproblem der Türkei. 15 Millionen seiner Menschen leben *vom* und noch mehr *auf* dem Lande. (Die Stadtbevölkerung zählt insgesamt anderthalb Millionen.) Wirtschaftlich ist der türkische Bauer sehr schlecht gestellt. Traktoren gab es bisher nur auf den Muster- und Großgütern, während er weiter Holzpflug und Ochsenkarren benutzte. Eine Million Bauern mit deren Familien von durchschnittlich fünf Köpfen sind landlos. Der Aga (Großgrundbesitzer) nutzt sie weidlich aus, und es herrscht immer noch ein vorsintflutliches Pachtsystem, nach dem Muster des berüchtigten Zehnten.

Ein Gesetz über die Landreform war angenommen worden. Atatürks Ausspruch «Der Pflug ist die Feder, mit der türkische Geschichte geschrieben wird» und «Der Bauer ist der Herr der Türkei» diente wohl als Grundlage. So sollte der anomale Zustand, daß 35 Prozent des kultivierbaren Bodens 33 000 Agas gehörte, beendet werden. Nach 1948 hätte niemand mehr als 1250 — und in fruchtbaren Gegenden 500 — Morgen besitzen dürfen. Politisch wäre das Gesetz auch eine Waffe gegen die Vormachtstellung einzelner Kurdenhäuptlinge gewesen.

Unter dem Vorwand höherer Ertragfähigkeit großer Güter wurde die Bodenreform nicht verwirklicht. Man beschränkte sich auf Verteilung von Staatsländereien, die wiederum größtenteils zum EVKAF gehören. Eine Folge ist fortschreitende Landflucht, bei der Gesamtstruktur keine geringe Gefahr. Wie weit die neuen strategischen Straßen, die aber natürlich auch verkehrsmäßig sehr bedeutungsvoll sind, und die 36 Millionen Dollar aus ERP-Geldern zur Modernisierung der Landwirtschaft diese Welle aufhalten werden, bleibt abzuwarten. Es fehlt auch sonst an allen Ecken und Enden. Durch schlechte Wohnmöglichkeiten und mangelnde Hospitäler (sechs Spitalbetten für 10 000 Einwohner) — bei gleichzeitig steigendem Luxus einschließlich amerikanischen Limousinen in Ankara und Istanbul — wird die Zahl der Todesfälle durch Tuberkulose auf 100 000 und die Kindersterblichkeit auf 400 000 jährlich geschätzt. 10 000 Ärzte werden gebraucht, und nur 4000 sind vorhanden. Unter der Landbevölkerung sind 40 Prozent der Menschen unter 25 Jahren des Schreibens und Lesens unkundig. (Vor der lateinischen Schrift, die Atatürk einführte, dürften es 90—95 Prozent gewesen sein.) Zweieinhalb Millionen Kinder sind schulpflichtig, davon erhalten anderthalb Millionen Unterricht. Besondere Dorfinstitutionen sind mit der raschen Heranbildung von Junglehrern beschäftigt.

Daß diese Verhältnisse und ein sehr niedriger Lebensstandard des Bauern, mag er auch um einige Grade höher sein als in orientalischen Nachbarländern, zu keinen revolutionären Strömungen führten, erspart der Regierung Kopfzerbrechen. Einfaches Leben und Bedürfnislosigkeit sind dem türkischen Bauern zur zweiten Natur geworden. So dient er jahrelang ohne Murren und ohne Beförderungsmöglichkeit in der Armee für eine Monatslöhnung von 60 Kurus (gegen 20 cents). Er besitzt zwei abgerissene Uniformen, eine für den Sommer und eine für den Winter, an denen man keinerlei Abzeichen bemerkt, und neidet dennoch keinen Augenblick den Offizieren ihre smarte Kleidung.

Amerikanische Spezialisten loben die soldatische Tugend dieser Männer, die zu den tapfersten Kämpfern der Erde gehören und innerhalb von hundert Jahren als einzigen Weltkrieg nur den letzten versäumten.

Während der kritischen Kriegsjahre standen eine Million Türken unter den Fahnen. Später waren es 500 000 und erst ganz neuerdings, dank modernster Bewaffnung und Motorisierung auf amerikanische Kosten, sind 350 000 daraus geworden. Solche Überbelastung, budgetmäßig und in Defiziten auf dem Arbeitsmarkt, erklären manches Aufbauversäumnis, wenn auch nicht alle. Zu den Dingen, die der türkischen Öffentlichkeit und Presse vollkommen tabu waren, gehörte eine Kritik an der Wehrmacht. Weder parlamentarische Aussprachen waren zugelassen, noch sickerten auch nur mit Hilfe von Beförderungslisten, Militärzeitschriften usw. irgendwelche Nachrichten durch. Ausländische Experten blieben vom türkischen Offizierskorps völlig isoliert, mit Ausnahme früherer deutscher Kontakte. Nunmehr sind hier sehr weitgehende und ganz unkamalistische Lockerungen zu beobachten. Zwischen amerikanischen und englischen Militärmissionen und hohen türkischen Offizieren werden persönliche und gesellschaftliche Verbindungen fast ermutigt. Ausländische Journalisten dürfen früher streng abgeschlossene «verbotene Gebiete» nunmehr besuchen, darunter sogar die anatolischen Kurdendistrikte. *Last not least* können Parlament und Presse ihrem Unwillen über bestimmte militärische und polizeiliche Maßnahmen Ausdruck geben, ja sogar feststellen, daß die Resultate nicht im Einklang mit den Ausgaben stehen. Wer türkische Traditionen kennt und weiß, was hier Militärherrschaft und Polizeiüberwachung bedeuten, der erblickt darin schon so etwas wie eine Revolution. Begrüßenswert ist auch die prinzipielle Liberalisierung der Pressefesseln. Fast gehört es heute schon zum guten Ton, daß sich eine Zeitung oppositionell gebärdet, während früher für jeden Angriff auf einen hochgestellten Türken oder eine staatliche Institution die entsprechende Klausel im Strafregister vorhanden war.

Außenpolitisch hat sich an der kamalistischen Linie kaum etwas verändert. Sie war immer auf größtmögliche Souveränität durch Allianz mit den defensiven Kräften abgestimmt. Daher unterstützte Ankara die Sowjetunion, solange sie aus der weltstrategischen Perspektive schwach war und lehnte man England aus umgekehrten Gründen ab.

Atatürks Staat wurde zum diplomatischen Umschlagplatz des Kremls. So setzte sein Außenminister Dr. Rüstü Aras, die damals für Moskau sehr wichtige Anerkennung Bukarests durch.

Nunmehr, bei verändertem Kräftespiel, treffen sich die amerikanischen Diplomaten aus Griechenland, aus der Türkei, aus Israel und den sonstigen Mittelostaaten in Ankara, und man tut alles, um den nicht geringen Einfluß in der mohammedanischen Welt bis Pakistan und Indonesien, das sofort anerkannt wurde, zugunsten der angelsächsischen Mächte auszunutzen.

Türkisches Mißtrauen gegen die Sowjetunion nimmt ständig zu, um so mehr, als das Moskauer Journal der Roten Flotte, «Krassnyi Flot», erneut an der Dardanellenfrage rührt und wiederum ihre gemeinsame Kontrolle durch alle am Schwarzen Meer gelegenen Staaten, also praktisch durch Rußland, fordert. Auch der halboffizielle Anspruch auf die strategisch wichtigen Distrikte Kars, Ardahan und Artvin ist in frischer Erinnerung. Desto eifriger bemühen sich die Türken um Ausschaltung aller prosowjetischen Tendenzen innerhalb der arabischen Sphäre. Die Beziehungen zu diesen Völkern sind besser geworden, jedoch ist das seit dem ersten Weltkrieg lebendige Mißtrauen gegen die abgefallene arabische Welt noch nicht ganz ausgestorben. Man gestattete während der

palästinensischen Mandatzeit einen Transit jüdischer Immigranten und unterhält fast herzliche Beziehungen zu Israel, das die Türkei als erstes mohammedanisches Land anerkannte.

Dem Westen aufrichtig zugeneigt, begrüßt man die Aufnahme in den Europarat enthusiastisch. Hingegen kränkte es die nationalistisch überspitzten Türken, daß sie dem Atlantikpakt fernbleiben mußten. Ihre Neutralitätsdrohungen nahm man weder nach innen noch nach außen ernst. Englands und Frankreichs Versicherung, daß die Allianz des Jahres 1939 mit allen Verpflichtungen fortbestehe, bot einen gewissen Ausgleich. Auch der kürzlich abgeschlossene Freundschaftspakt mit Italien, das lange als Erbfeind galt, fand Zustimmung. Nicht zuletzt beruhigt die stabilere und gesichertere Lage im benachbarten Griechenland.

Für Amerika ist die Freundschaft mit den Türken eine notwendige, aber keine billige Angelegenheit. Verschiedene Anleihen nicht mitgerechnet, kosteten die Hilfeleistungen der Jahre 1948 und 1949 insgesamt 175 Millionen Dollar, zu denen 1950 weitere 75 Millionen Dollar kommen dürften.

Zusammengefaßt können wir feststellen, daß der Kamalismus nicht ausgestorben, aber durchlöchert ist, daß sich eine orientalische, aber keine westliche Demokratie abzeichnet, daß aber die Türkei im Sinne und Interesse der westlichen Demokratien eingespannt worden ist.

Copyright by A. J. Fischer.

Postskriptum:

Nachdem dieser Artikel geschrieben wurde, fanden am 14. Mai 1950 neue türkische Parlamentswahlen statt. Sie endeten mit einem Sieg der bisher oppositionellen Demokraten. Damit wird Ismet Inönüs Partei zum erstenmal seit 27 Jahren aus der alleinigen Macht und Regierungsverantwortung gedrängt.

Wie aus unserer Analyse hervorgeht, dürften sich jedoch aus dem Wechsel kaum fundamentale Änderungen ergeben: keinesfalls außenpolitisch und wahrscheinlich genau so wenig im Innern. Celal Bayars Demokratische Partei sammelte bisher die Unzufriedenen: eine infolge schlechter wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse beträchtliche Zahl. Nunmehr wird sie es schwer haben, nach allen Seiten Zugeständnisse zu machen, den Bauern in der Bodenreformfrage, den Kaufleuten und Industriellen in der Überführung etatistischer Betriebe in Privatbesitz, den Geistlichen in Vergrößerung der kirchlichen Macht usw.

Daß sich die Demokraten durch ihre Wirtschaftslinie großer Beliebtheit bei den Amerikanern erfreuen, steht außer Zweifel. Ihr Sieg dürfte die USA zu einer längeren Fortsetzung ihrer Hilfe ermutigen.